Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00269**
Datum: 03.09.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim
Plandatum: 25.09.2019

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.09.2019	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Integration von Migrant*innen in der Stadt Halle (Saale)

Integration ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und beinhaltet die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund.

Das sogenannte „Integrationsgesetz“ wurde trotz kontroverser Diskussionen im August des Jahres 2016 in Kraft gesetzt.
Es sah u.a. vor, mehr Angebote an Integrationskursen und Ausbildungs-und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir fragen vor diesem Hintergrund die Stadtverwaltung:

1. Wurde allen Geflüchteten spätestens nach 6 Wochen ein Integrationskurs zur Teilnahme angeboten?
   Gibt es in der Stadt Halle (Saale) ausreichend Kapazitäten, um diese Forderung umzusetzen?

2. Welche Erfahrungen hat die Stadt Halle mit dem aufgelegten Programm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ gemacht?
   Wie viele Geflüchtete aus der Stadt Halle (Saale) waren in diesem Programm beteiligt?
   Diese Maßnahmen sollten auch das Ziel verfolgen, „Sprungbrett“ für Arbeitsgelegenheiten auf dem ersten Arbeitsmarkt zu sein. Wie sieht die Bilanz dazu aus?

Wie viele Menschen sind in die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) davon übernommen wurden?

3. Wie hoch ist der Anteil von jungen Geflüchteten, die eine qualifizierte Berufsausbildung absolvieren konnten? Welche Berufsgruppen haben dabei eine hohe Erfolgsrate zu verbuchen?

Gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Stadt Halle (Saale) 19.09.2019
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Sitzung des Stadtrates am 25.09.2019
Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Integration von Migrant*innen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nummer: VII/2019/00269
TOP: 10.1

Antwort der Verwaltung:

1. Wurde allen Geflüchteten spätestens nach 6 Wochen ein Integrationskurs zur Teilnahme angeboten?
Gibt es in der Stadt Halle (Saale) ausreichend Kapazitäten, um diese Forderung umzusetzen?

Ja.

2. Welche Erfahrungen hat die Stadt Halle (Saale) mit dem aufgelegten Programm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ gemacht?
Wie viele Geflüchtete aus der Stadt Halle (Saale) waren in diesem Programm beteiligt?
Diese Maßnahmen sollten auch das Ziel verfolgen, „Sprungbrett“ für Arbeitsgelegenheiten auf dem ersten Arbeitsmarkt zu sein. Wie sieht die Bilanz dazu aus?
Wie viele Menschen sind in die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) davon übernommen wurden?

Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen wurden vom Jobcenter aufgrund fehlender potentieller Teilnehmer*innen nicht durchgeführt. Folglich waren keine Geflüchteten an dem Programm beteiligt.
Das Jobcenter Halle (Saale) hat stattdessen Arbeitsgelegenheiten (AGH) im niedrigschwelligen Bereich gefördert, um insbesondere die Sprache zu erlernen und an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Die Maßnahme lief als Kombi-Maßnahme (halbtägig Integrationskurs / halbtägig Arbeitsgelegenheit). Die Maßnahmen wurden teilweise von einem Sprachmittler begleitet. Die Kombination führte bei vielen Teilnehmer*innen zu Überforderungen.

In Auswertung der Erfahrungen mit den Kombi-Maßnahmen wurde von einer Weiterführung dieses Instrumentes abgesehen. Für den Personenkreis der Geflüchteten im Rechtskreis SGB II werden individuelle Integrationsfahrpläne erarbeitet und umgesetzt. Hierfür werden alle Fördermöglichkeiten (Bund, Land, Kommune, ESF) genutzt.

3. Wie hoch ist der Anteil von jungen Geflüchteten, die eine qualifizierte Berufsausbildung absolvieren konnten? Welche Berufsgruppen haben dabei eine hohe Erfolgsrate zu verbuchen?

Von 09/18 bis 08/19 sind im SGB II – Bereich = 542 junge Geflüchtete in Ausbildung gegangen (siehe Unterlagen SGGA 12.09.19 – TOP 8.1).

Es liegen keine statistischen Auswertungen nach Berufsgruppen vor.

Katharina Brederlow
Beigeordnete